

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/111

16. Juni 1975

Eine außergewöhnliche Frau

Jeanette Wolff - ein Teil Geschichte des demokratischen Sozialismus

Von Marie Schlei MdB
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler
Seite 1 und 2 / 45 Zeilen

Ein Nachwort zu Bremen

SPD-Arbeitnehmer-Kongreß mit viel Parteiprominenz
Seite 3 / 43 Zeilen

Antwort auf die Krise der Hoffnung

Ein großer Kirchentag erwartet seine politischen Folgen

Von Dr. Olaf Schwencke MdB
Studienleiter (beurlaubt) der Evangelischen Akademie
Luccum

Seite 4 / 41 Zeilen

Forum gesamtgesellschaftlicher Diskussion

Der Evangelische Kirchentag hat seine Bedeutung wiedergewonnen

Von Rüdiger Reitz
Referent für Kirchenfragen beim Parteivorstand der SPD

Seite 5 und 6 / 61 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 05 68 640 - 48 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 88 11

Eine außergewöhnliche Frau

Jeanette Wolff - ein Teil Geschichte des demokratischen Sozialismus

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Schon vor der ersten Stunde war sie dabei: Als Jeanette Wolff am 16. Juni 1905, also vor genau 70 Jahren der SPD beitrat, verbot der Staat den Frauen die Mitgliedschaft in einer Partei nach. Bekanntheit, Solidarität und großartige Einsatzbereitschaft bewies Jeanette Wolff, die am 22. Juni 87 Jahre alt wird, damals - und sie tut dies noch heute.

Man muß einige Daten ihres Lebensweges kennen, um das Außergewöhnliche an dieser Frau voll begreifen zu können: Jeanette Wolff wurde 1888 in Bocholt in Westfalen - als Ältestes von 16 Kindern einer jüdischen Familie - geboren. 1919 Stadtverordnete in Bocholt und Vorstandsmitglied der SPD im westlichen Westfalen. Ab 1920 im Vorstand des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Berlin; Bekämpfung des Nationalsozialismus. Von 1933 bis 1935 in "Schutzhaft", danach unter Gestapo-Aufsicht. 1941 bis 1945 im KZ. Nach dem Kriege ab 1946 Mitglied des SPD-Vorstandes Berlin; Stadtverordnete. Maßgeblich beteiligt am Kampf gegen die Fusion SPD/KPD. Vorsitzende der jüdischen Wohlfahrtszentrale, der Liga für Menschenrechte und der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Berlin; Mitglied des Direktoriums der Juden in Deutschland und Ratspräsidentin der Ratstagung. Von 1952 bis 1961 Berliner Bundestagsabgeordnete. 1967 wurde Jeanette Wolff die Ehre einer Städtältesten zuteil.

Von kaum einem Leid ist sie verschont geblieben: Ihr Ehemann wurde von der SS im Konzentrationslager erschossen; von ihren drei Kindern kamen

zwei Töchter im KZ um. Aber auch als Leidende blieb sie die Überwindende und Hilfebringende. Jeanette Wolff kann als Vorbild einer Deutschen gelten, die Jüdin ist. Und mancher von uns erkennt in ihr eine jüdische Antigone: "Nicht mit zu hassen, mit zu lieben bin ich da". Jeanette Wolff hat als Menech und Politikerin, als Bedrängte und Verfolgte ihren Beitrag zur praktischen Friedenspolitik geleistet. Denn für den Frieden handeln bedeutet immer, für Gerechtigkeit einzutreten, nicht nur in dem Bemühen, Konflikte zu lösen, sondern vor allem in dem Bemühen, Entwicklung durch den friedlichen Ausgleich der Interessen zu bewirken, also auch durch Versöhnung.

Die sozialdemokratische Partei, der Jeanette Wolff heute seit 70 Jahren angehört, ist für sie mehr als nur eine Partei. Sie ist ihr geistige Heimat, die sie mitgestaltet hat. Wer Jeanette Wolff im politischen Alltag begegnet ist oder ihr begegnet, weiß um ihre seltene Fähigkeit, nicht nur ausgezeichnet organisieren zu können, sondern auch immer das angestrebte Ziel zu erreichen. Mit dem ihr eigenen Temperament setzt sie sich für die soziale Sache, für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ein - und überzeugt. Ihr Handeln ist zupackend, ihre Sprache verständlich und offen, wobei ihre pädagogische Gabe vor allem auch darin liegt, daß sie zuhören kann: dem politisch Anderdenkenden, dem Leidenden, dem Benachteiligten.

Jeanette Wolff ist ein Stück Geschichte des demokratischen Sozialismus, auch ein Teil der Passion der 112 Jahre alten Partei. Dieser außergewöhnlichen Frau gehört unsere Solidarität, unsere Liebe und unsere Hochachtung.

(-/16.6.1975/ks/pr)

+ + +

Ein Nachwort zu Bremen

SPD-Arbeitnehmer-Kongreß mit viel Parteiprominenz

Der Bremer Bundeskongreß der SPD-Arbeitgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) habe mit einigen seiner Beschlüsse, vor allem mit der Aussage zur Mitbestimmung, der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion "manche harte Nuß ins Körbchen gelegt", resümierte Herbert Wehner in seinem Schlußreferat, mit dem er am Ende der dreitägigen Konferenz am Sonntagmittag noch einmal einen Höhepunkt der an bemerkenswerten Aussagen so reichen Tagung setzte. Die Bremer Konferenz, anderthalb Jahre nach der Gründung der Arbeitgemeinschaft in Duisburg, zeigte nicht nur, daß diese Parteigruppierung bereits über einen ausgezeichneten funktionierenden Organisationsapparat verfügt, der sich auf mehr als 3.000 Betriebsgruppen in der ganzen Bundesrepublik stützt; die Konferenz bewies in ihrem beispielhaft disziplinierten Ablauf auch, daß hier selbstbewußte Sozialdemokraten konzentriert und zielbewußt an der Arbeit sind, um zu ihrem Teil die Gesamtpartei zu stärken und ihre Basis auszubauen.

Der Bremer Kongreß, den der mit einer überzeugenden Mehrheit wiedergewählte AFA-Bundesvorsitzende, Bundesminister Helmut Rohde, als eine erste große Zwischenbilanz zwischen dem Gründungskongreß und dem für November bevorstehenden Mannheimer Parteitag bewertete, machte in seinem ganzen Ablauf deutlich, daß es zwischen den Männern in den Betrieben, also "vor Ort", und der Parteiführung keinerlei Dissenzen in der Sache selbst und schon gar nicht in den Grundauffassungen gibt. Ebenso deutlich wurde, daß hier und da verschiedene Auffassungen zu Fragen der Übertragungsformen in die Politik zu finden sind: notabene eine Selbstverständlichkeit in einer Millionen-Volkspartei. Herbert Wehner sprach in seinen knappen Sätzen zum Mitbestimmungsvotum des Kongresses von einem "Modellstreit", den es übrigens gar nicht gäbe, wenn man vorher und bisher das Betriebsverfassungsgesetz voll ausgeschöpft hätte: eine Anstoßnahme, die die Delegierten gewiß in ihre Betriebe, Unternehmungen und Verwaltungen zurückgenommen haben, um sie mit allen legalen Mitteln zu realisieren. Was im Übrigen diese "harte Nuß" des Mitbestimmungsbeschlusses angeht, so zeigte sich der SPD-Fraktionsvorsitzende, der hierzu mit allem Nachdruck auf die Bedeutung der SPD/FDP-Koalition als den Ausdruck der realpolitischen Situation in der Bundesrepublik hinwies, gelassen: "Wir sind die Nußknacker!"

Das große Aufgebot an Parteiprominenz - die Delegierten hörten Referate des Parteivorsitzenden, des Bundeskanzlers, des Bundesarbeitsministers, des Bundesbildungsministers und des Fraktionsvorsitzenden - hat Bremen zu einer wegweisenden Aussage für sozialdemokratische Politik in allen Bereichen gemacht. Insgesamt wurde erkennbar, daß die Mobilisierung der Partei, die sich zuletzt in den Wahlen von Nordrhein-Westfalen und im Saarland gezeigt hat, Teil eines stetigen Aufwärtstrends ist, der von einer breiten, starken und einsatzbereiten Basis getragen wird. Das herzliche "Freundschaft!", mit dem der Bremer Kongreß geschlossen wurde, läßt sich als Ausdruck einer Solidarität deuten, die für die anderen, für das Ganze da ist.

(ee/16.6.1975/ks/ee)

+ + +

Antwort auf die Krise der Hoffnung

Ein großer Kirchentag erwartet seine politischen Folgen

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Studienleiter (beurlaubt) der Evangelischen Akademie Loccum

Der 16. Evangelische Kirchentag war mehr als ein bedeutendes kirchliches Ereignis. Kritische Beobachter wie engagierte Teilnehmer mußten ihn insgesamt als fröhlicher, fröhlicher, aufgeschlossener und vor allem letztlich auch politisch sensibler als je alle zuvor empfinden.

Ohne daß programmatisch nach Auswegen aus der Krise der Hoffnung unserer Zeit gesucht wurde, war die Frage nach der Zukunft des Menschen die eigentlich beherrschende in den Vorträgen - insbesondere bei Carl Friedrich von Weizsäcker und Tobias Brocher, in Arbeitsgruppen, Beiträgen namentlich von Günter Altner und Heinrich Albertz, im Streitgespräch zwischen Erhard Eppler und Kurt Biedenkopf und schließlich in Predigten, beispielhaft Kurt Scharfe: "In Ängsten - und siehe wir leben"!

Dieser Frankfurter Kirchentag war ein politisches Ereignis: Nicht die polarisierenden parteilich-ideologisierten Beiträge, z.B. in der Arbeitsgruppe "Menschen zwischen Sicherheit und Freiheit", wie etwa die von Dorothee Sülle, die in ein paar kurzen Sätzen das Bildungswesen in der Bundesrepublik flugs hinter das afrikanische beförderte, und die von CDU-MdB Philipp von Bismarck, dem das ernste Problem der zu reduzierenden VW-Geschäftigten nur zu polemischen Angriffen auf Bundesregierung und Gewerkschaften zu taugen schien, sondern die wertorientiert-konstruktive Innovation bestimmte politisch den Tenor des Kirchentages!

Neuen, ideenreichen, hoffentlich weiter wirkenden Mut zeigten die, die sich nicht unter tendenzwendlichem Vorzeichen resigniert aus der Politik zurückgezogen haben oder immer noch unter verengter Struktur konservativer Perspektive nach Law and Order-Antworten auf die Krise des Krisenmanagements suchen, sondern die, die im "Markt der Möglichkeiten" in der Tat praktische konstruktive Hoffnungszeichen setzten: Sie, vor allem die jungen Leute auf diesem Kirchentag, haben manchen Politiker sehr beschämt. - Es gibt viel mehr gesellschaftliche und weltinnenpolitische Nöte als diese Politiker wissen und durchaus auch bessere Chancen der Hilfe als sie wahrhaben wollen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die zahlreicher als je zuvor auf einem Evangelischen Kirchentag anwesend waren, kehren nach diesem Frankfurter Lernprozeß guten Mutes an die Arbeit zurück. Zu ihrer konsequenten Reform- und Friedenspolitik sehen die evangelischen Christen, jedenfalls soweit sie sich in Frankfurt artikulierten, keine Alternative. Sozialdemokraten wissen, daß sie in der Sache des humanen, des system-kritischen gesellschaftlichen Fortschritts gute, allerdings auch drängend beunruhigende Verbündete haben.

(-/16.6.1975/pr/pr)

+ + +

Forum gesamtgesellschaftlicher Diskussion

Der Evangelische Kirchentag hat seine Bedeutung wiedergewonnen

Von Rüdiger Raitz

Referent für Kirchenfragen beim Parteivorstand der SPD

Der Evangelische Kirchentag in Frankfurt war der erste, an dem ein sozialdemokratischer Bundeskanzler als aktiv Mitwirkender teilnahm. Bei einem Podiumsgespräch zum Thema "Macht und Ohnmacht der Kirche in der Gesellschaft" war unüberhörbar, daß Helmut Schmidt alles vermieden sehen möchte, was die Unabhängigkeit der Kirche in der Gesellschaft beeinträchtigen könnte. Vorbei sind die Zeiten, wo Sozialdemokraten in hohen Ämtern dem Kirchentag lediglich beim Schlußgottesdienst ihre Aufwartung machten. Für Politiker ist der zu Ende gegangene Kirchentag in dreifacher Hinsicht aufschlußreich.

1/ Es gibt nach wie vor kein ähnlich geeignetes Forum in der Bundesrepublik, wo die großen, übergreifenden Fragen so volksnah diskutiert werden können. Wer als Politiker Fragestellungen in die Diskussion einführen will, die über die Grenzen der Parteien hinaus zu erörtern sind, wird in Zukunft am Kirchentag kaum vorbeikommen. Mit dem Frankfurter Treffen hat der Kirchentag seine gesamtgesellschaftliche, nicht nur innerprotestantische, Bedeutung wiedergewonnen.

Diese gesamtgesellschaftliche Bedeutung liegt darin, daß die Sinnfrage bei zahlreichen Veranstaltungen gewissermaßen "vergesellschaftet" wurde, d.h. abgesehen vom Lebensbereich des einzelnen auch in den Strukturen aufgeworfen wird. Das äußerte sich in der auf diesem Kirchentag häufig erhobenen Forderung: Politisch überzeugende Führung ist nur durch die Bereitstellung auch der entsprechenden geistigen Voraussetzungen möglich.

Das Streitgespräch zwischen CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf und SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler, einer der Höhepunkte des Kirchentages, war hierfür ein gutes Beispiel. Woran konnte es gelegen haben, daß sich Biedenkopf auf einem Kirchentag viel bescheidener gab als sonst? Woran lag es, daß Biedenkopf auf Schwarz-Weiß-Malerei verzichtete und die Zuhörer in der sonst von ihm gebotenen Katalog vermeintlicher Alternativen zur Politik der

Sozialdemokraten nicht einsehen durften? So wurde der Kirchentag auch die Stunde der Aufrichtigkeit im Konzept des CDU-Generalsekretärs. Daß Biedenkopf bis ins Detail der Zustandsbeschreibung gesellschaftlicher Verhältnisse seinem Kontrahenten Eppler Recht gab, hat seinen Grund darin, daß die Kirchentagsbesucher von parteitaktischen Beschönigungen nichts hören wollten. Als Ergebnis dieser Disputation kann festgehalten werden: Politik kann nur wertbezogen bleiben, wenn auch die entsprechenden Rahmenbedingungen im strukturellen Bereich geschaffen werden. Wer von dem Grundwert Gerechtigkeit redet, muß auch in Sachen Investitionslenkung laut denken lernen.

2/ Vielleicht erweisen sich Sonthofen und der Frankfurter Kirchentag als die beiden Klima schaffenden Ereignisse dieses Jahres. Wurde dort die Angst zum Mittel der Politik erhoben, so hatte der Frankfurter Kirchentag den Politikern gerade das Gegenteil zu sagen: Es sind die politischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Angst auch wirklich abgebaut werden kann.

Der Verlauf des Frankfurter Kirchentages hat erneut deutlich gemacht: Die demokratischen Kräfte in unserem Land haben im Kirchentag ein Forum, das weder gegängelt noch eingeschüchtert werden kann. Soll dieser Freiraum erhalten bleiben, müßte das FDP-Kirchenpapier auf seine gesellschaftlichen Konsequenzen hin noch einmal geprüft werden.

3/ Ein Besuch auf dem sogenannten "Markt der Möglichkeiten", eine Art Informationsschau des protestantischen Aufbruchs von unten, hätte man jedem Politiker gewünscht. Hier waren vor allem die jungen Jahrgänge vertreten. Wenn die von hohen Reformervorstellungen getragenen protestantischen Gruppierungen sich auch in Zukunft politisch auf die SPD verlassen sollen, wird es verstärkter Anstrengungen auf seiten der Sozialdemokraten bedürfen. Dritte Welt, multinationale Unternehmen, Friedensdienste, Strafgefangene, Behinderte, Vorschulerziehung und Berufsverbote waren die vorherrschenden Themen auf diesem "Markt der Möglichkeiten".

Der nächste Kirchentag wird 1977 in Berlin stattfinden. Dies ist ein Politikum. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wird die Evangelische Kirche im eigenen Haus erfahren haben, ob die Entspannungspolitik der Bundesregierung erfolgreich gestaltet werden konnte.

(-/16.6.1975/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Praller